



Pressemitteilung 30. Januar 2019

Bildungsministerin Stefanie Hubig trifft historische Entscheidung zur Aufwertung der schulischen politischen Bildung – Aufstockung der Stundenzahl für Sozialkunde als zentrales Fach der politischen Bildung

Bildungsministerin Stefanie Hubig hat in ihrer Regierungserklärung im Landtag eine **historische Entscheidung** zur Aufwertung der schulischen politischen Bildung getroffen. Das Fach Sozialkunde, das bisher in der Sekundarstufe I nur mit 3 Stunden unterrichtet wurde (eine in Klasse 9, zwei in 10), soll ab dem Schuljahr 2020/21 sukzessive eine Stundenerhöhung um insgesamt 2 Stunden erfahren. Mit der Stundenerhöhung ist auch ein früherer Beginn von Sozialkundeunterricht – in der Regel ab Klasse 8 – verbunden. Gleichzeitig soll sichergestellt werden, dass alle Schülerinnen und Schüler in der Oberstufe Sozialkunde als Fach belegen.

Die DVPB als Interessenvertretung der Politischen Bildnerinnen und Bildner in Rheinland-Pfalz bewertet diese Entscheidung äußerst positiv.

Rheinland-Pfalz lag bisher bei der Stundenanzahl des Unterrichtsfaches Sozialkunde für die Gymnasien auf dem drittletzten Platz unter allen Bundesländern (vor Bayern und Thüringen, Spitzenreiter: Hessen), wie eine Studie der Universität Bielefeld von 2017 zeigt. Für die nicht-gymnasialen Schulformen war Rheinland-Pfalz auf dem viertletzten Platz. Auch im Vergleich mit den anderen gesellschaftswissenschaftlichen Fächern Geschichte und Erdkunde innerhalb des Bundeslandes war das Fach Sozialkunde bisher deutlich schlechter gestellt.

Die Aufstockung der Stundenzahl für das Fach Sozialkunde ist deshalb überfällig. Dass sich die Bildungsministerin endlich klar im Sinne einer Stärkung des Kernfachs Sozialkunde positioniert, ist deshalb eine historische Entscheidung.

Für diese Entscheidung wird die Ministerin nicht nur Lob ernten. Den Kritikern dieser Aufwertung der Politischen Bildung muss man entgegenhalten, dass es sich lediglich um den Weg zu einer Gleichstellung gegenüber den anderen gesellschaftswissenschaftlichen Fächern Erdkunde und Geschichte handelt.

Mit der Aufwertung von Sozialkunde wird die Wichtigkeit der Politischen und Demokratischen Bildung insgesamt betont. Die Politische Bildung stellt das Fundament der Demokratie dar. Menschen werden nicht als Demokraten geboren, sondern die Demokratiekompetenz und die Wertschätzung eines freiheitlich-demokratischen und pluralistischen Gemein- und Staatswesens muss erlernt und erfahren werden.

In einer immer komplexer werdenden Welt mit ihrer veränderten Medienlandschaft, dem aufkeimenden Populismus, den vielen globalen Krisen und Konflikten ist auch die Demokratie in Deutschland herausgefordert. Das lässt sich an Einstellungen zur Demokratie ablesen.

Nach unserer Auffassung ist die Aufwertung von Sozialkunde deshalb so wichtig, weil damit auch die Verantwortung für das Erlernen der Demokratiekompetenz einem Fach stärker zugeordnet wird. Selbstverständlich ist die Demokratiebildung eine fächerübergreifende Aufgabe, aber nur durch die konkrete Zuweisung an einzelne Fächer und Lehrplaninhalte kann sie auch tatsächlich umgesetzt werden und bleibt nicht nur leere Formel.

Wichtig ist aber auch: Die Aufwertung des Faches darf nicht verwässert werden, indem der Politische Unterricht fachfremd unterrichtet wird. Diese wichtige Aufgabe muss den hierfür ausgebildeten Sozialkundelehrern aufgegeben werden. Fachfremd durchgeführter Sozialkundeunterricht ist jedoch im Schulalltag viel zu häufig anzutreffen. Es gilt: Alle können lesen und schreiben, aber jemandem das Lesen und Schreiben beizubringen ist eine Aufgabe der hierfür ausgebildeten Pädagogen. Das Gleiche gilt auch für die Politische Bildung!

Allerdings geht uns als Fachverband diese Entscheidung noch nicht weit genug. Wir fordern ebenso eine Aufwertung des Faches an den Berufsbildenden Schulen. Gerade dort ist die Vermittlung und der Erwerb demokratischer Wertedispositionen besonders wichtig.

Ebenso sollte eine Ausweitung der Politischen Bildung als Demokratielernen für die Grundschule geprüft werden.

Zum Verband:

Die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) ist ein unabhängiger und überparteilicher Fachverband für Politische Bildung. Wir vertreten die Interessen der schulischen und außerschulischen Politischen Bildner und organisieren entsprechende Fort- und Weiterbildungsprogramme.

Nähere Informationen finden Sie unter www.dvpb-rlp.de bzw. unter www.dvpb.de.

Für Rückfragen und Interviewanfragen wenden Sie sich an:

Deutsche Vereinigung für Politische Bildung e.V.
Landesverband Rheinland-Pfalz

Michael Sauer

Landesvorsitzender

Postadresse:
Dresdner Straße 43
67722 Winnweiler
Tel.: 06302 - 8180427
Mobil: 0177 - 8113924
Mail: michael.sauer@dvpb-rlp.de